Richtlinien
über die Gewährung von Zuschüssen für Aufgaben der freien Jugendhilfe an
Jugendorganisationen der politischen Parteien (RL JpP)

- RL d. BMFSFJ v. 20.12.2018 – Aktenzeichen 502-2461/006 -

Auf der Grundlage des § 44 in Verbindung mit § 23 der Bundeshaushaltsordnung (BHO) sowie den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO erlasse ich im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen nach Anhörung des Bundesrechnungshofs und nach Beteiligung der bundeszentralen Jugendorganisationen der politischen Parteien diese Richtlinien.

Inhalt

1. Förderziel und Zwecksetzung.....	2
2. Gegenstand der Förderung	2
3. Zuwendungsempfänger	3
4. Besondere Zuwendungsvoraussetzungen	3
5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen	4
5.1. Zuwendungsart	4
5.2. Finanzierungsarten und -formen.....	4
6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen	4
6.1. Formblätter	4
6.2. Ausnahmeklausel.....	4
6.3. Übertragung von Aufgaben	4
7. Verfahren.....	5
7.1. Antragsstellung.....	5
7.2. Bewilligung	5
7.3. Verwendungsnachweis	5
7.4. Nebenbestimmungen und Prüfungsrecht.....	5
8. Geltungsdauer.....	6

1. Förderziel und Verwendungszweck

- (1) Der Bund gewährt nach Maßgabe des § 83 Absatz 1 Satz 2 des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – (SGB VIII), dieser Richtlinien und den Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Bundeshaushaltsordnung Zuwendungen an die Jugendorganisationen politischer Parteien, um deren überregionale Tätigkeit auf dem Gebiet der Jugendarbeit als Teil der Kinder- und Jugendhilfe anzuregen und zu fördern.
- (2) Die Förderung der Jugendorganisationen politischer Parteien hat das Ziel, politische Bildungsarbeit zu unterstützen, um das demokratische Wertebewusstsein und Verhalten junger Menschen zu stärken und somit zur Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundlagen des Gemeinwesens beizutragen.
- (3) Ziel der Förderung ist insbesondere, dass junge Menschen zur Beschäftigung mit Politik angeregt werden und sie sich an der Gestaltung des sozialen Zusammenlebens und politischer Prozesse beteiligen.
- (4) Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht. Das für Kinder und Jugend zuständige Bundesministerium (im Folgenden: Bundesministerium) entscheidet aufgrund seines pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.
- (5) Das jeweils aktuelle Leitbild der Richtlinie sowie das Verfahrensprofil des Kinder- und Jugendplanes finden entsprechend Anwendung und binden das Bundesministerium im Rahmen der Mittelgewährung in seiner Ausübung pflichtgemäßen Ermessens.

2. Gegenstand der Förderung

- (1) Gefördert werden können:
 - a) zentrale Maßnahmen, die für das Bundesgebiet als Ganzes von Bedeutung sind und die ihrer Art nach nicht durch ein Land allein wirksam gefördert werden können,
 - b) Projekte von bundesweiter Bedeutung sowie
 - c) internationale Jugendbegegnungen und internationale Programme für Fachkräfte der Jugendhilfe.
- (2) Zielgruppen der nach Absatz 1 geförderten Maßnahmen sind:
 - a) junge Menschen, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben (§ 7 SGB VIII),
 - b) ehren-, neben- und hauptamtlich in der Jugendhilfe Tätige sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Jugendarbeit.
- (3) Nicht als Jugendhilfe anerkannt und gefördert werden können:
 - a) Maßnahmen und Projekte mit überwiegend parteipolitischer Zielrichtung,

- b) Maßnahmen, die nach Inhalt, Methode und Struktur überwiegend schulischen Zwecken, dem Hochschulstudium, der Berufsausbildung außerhalb der Jugendsozialarbeit, dem Breiten- und Leistungssport, der religiösen oder weltanschaulichen Erziehung, der Erholung oder der Touristik dienen.
- (4) Maßnahmen können nicht gefördert werden, wenn sie zu den Aufgabenbereichen binationaler Jugendwerke oder einer anderen Einrichtung des Jugendaustausches zwischen Deutschland und einem anderen Land gehören und der Art nach von diesen gefördert werden können.

3. Zuwendungsempfänger

- (1) Zuwendungsempfänger sind Jugendorganisationen politischer Parteien, sofern sie dauerhaft überregionale Jugendarbeit leisten und die Angebote offen für Mitglieder und Nichtmitglieder sind. Überregional ist die Jugendarbeit in der Regel dann, wenn sich der Wirkungsbereich der Jugendorganisation auf das Bundesgebiet als Ganzes erstreckt und dies von der Jugendorganisation nachgewiesen wird (z. B. durch eine bundesweite Interessensvertretung der Kinder und Jugendlichen, bundesweite Fortbildungsangebote oder bundesweite Veranstaltungen bzw. Publikationen).
- (2) Weiterhin muss die Jugendorganisation einer politischen Partei in ihrer Jugendarbeit eigenständig sein. Dies setzt insbesondere voraus, dass
- a. die Verbandsleitung demokratisch durch die Mitglieder gewählt wird und
 - b. sie im Falle der Einbindung in eine Erwachsenenorganisation das Recht auf Selbstorganisation und Selbstgestaltung in den Strukturen der Erwachsenenorganisation haben. Dies ist in geeigneter Weise substantiiert darzustellen.
- (3) Eine Förderung setzt voraus, dass die Jugendorganisation nach ihrer Satzung und bei ihrer tatsächlichen Geschäftsführung keine Bestrebungen im Sinne des § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes fördert und dem Gedanken der Völkerverständigung nicht zuwiderhandelt. Bei Körperschaften, die im Verfassungsschutzbericht des Bundes als extremistische Organisation aufgeführt sind, ist widerlegbar davon auszugehen, dass die Voraussetzungen des Satzes 1 nicht erfüllt sind.

4. Besondere Zuwendungsvoraussetzungen

- (1) Die bundeszentrale Infrastrukturförderung der Jugendorganisationen politischer Parteien ist in der Regel auf einen längeren Zeitraum angelegt. Sie kann über Rahmenvereinbarungen erfol-

gen. Die Rahmenvereinbarung (öffentlich-rechtlicher Vertrag) dient der längerfristigen Umsetzung gemeinsamer jugendpolitischer Schwerpunkte in der freien Kinder- und Jugendhilfe.

- (2) Bei allen Veröffentlichungen und Maßnahmen ist in geeigneter Weise auf eine Förderung durch das Bundesministerium hinzuweisen.
- (3) Der Zuwendungsempfänger hat darauf hinzuwirken, dass die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern als durchgängiges Leitprinzip in all seinen Maßnahmen beachtet wird (Gender Mainstreaming).

5. Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen

5.1. Zuwendungsart

Zuwendungen werden als Projektförderung zur Deckung von Ausgaben des Zuwendungsempfängers für eine bundeszentrale Infrastruktur gewährt.

5.2. Finanzierungsarten und -formen

Für die Finanzierungsarten und -formen, den Umfang und die Höhe der Förderung gelten die entsprechenden Regelungen der Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen und Leistungen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes (RL-KJP) in der jeweils gültigen Fassung.

6. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

6.1. Formblätter

Für die dem Bundesministerium vorzulegenden Anträge, Verwendungsnachweise und Mitteilungen sind die im Formblattverzeichnis der RL-KJP aufgeführten Formblätter verbindlich.

6.2. Ausnahmeklausel

Das Bundesministerium kann in besonders begründeten Ausnahmefällen, soweit nach den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 44 BHO erforderlich, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen bzw. dem Bundesrechnungshof, von den Richtlinien zur Förderung von Jugendorganisationen politischer Parteien abweichen.

6.3. Übertragung von Aufgaben

Das Bundesministerium kann die Durchführung dieser Richtlinien ganz oder teilweise auf andere Stellen übertragen.

7. Verfahren

7.1. Antragsstellung

Anträge sind dem Bundesministerium oder einer von ihm bestimmten Stelle auf den entsprechenden Formblättern der RL-KJP bis zum 30. November des Vorjahres für das folgende Haushaltsjahr einzureichen, soweit vom Bundesministerium im Einzelfall kein anderer Termin zugelassen oder festgelegt wird. In dem Antrag ist die Bundeszentralität der geplanten Maßnahmen, die Zuwendungsfähigkeit der Ausgaben sowie die Sicherstellung der Gesamtfinanzierung darzulegen.

7.2. Bewilligung

Zuwendungen werden durch schriftlichen Zuwendungsbescheid gewährt.

7.3. Verwendungsnachweis

- (1) Die bestimmungsgemäße zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung zur Projektförderung ist mit einem Verwendungsnachweis ohne Vorlage von Belegen nachzuweisen.
- (2) Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einem zahlenmäßigen Nachweis nach Nr. 6 der Allgemeinen Nebenbestimmungen zur Projektförderung (ANBest-P).
- (3) Der Sachbericht soll als Gesamtbericht nach den Vorgaben des Bundesministeriums erstellt werden. Insbesondere ist darzustellen, wie die Zuwendung die bundeszentrale Infrastruktur der Jugendorganisationen gefördert und die überregionale Jugendarbeit gestützt hat.
- (4) Im Übrigen gelten die entsprechenden Vorgaben der RL-KJP zum Verwendungsnachweis.
- (5) Weitere Regelungen zu Inhalt und Umfang können im Zuwendungsbescheid getroffen werden.

7.4. Nebenbestimmungen und Prüfungsrecht

- (1) Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die ggf. erforderliche Aufhebung des Bewilligungsbescheids und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die §§ 23, 44 BHO und die hierzu erlassenen Verwaltungsvorschriften sowie die §§ 44 bis 50 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz - (SGB X), soweit nicht in diesen Richtlinien Abweichungen zugelassen worden sind.
- (2) Der Bundesrechnungshof ist gemäß §§ 91, 100 BHO zur Prüfung berechtigt.

8. Geltungsdauer

Diese Richtlinien gelten mit Wirkung vom 01. Januar 2019

Berlin, den 20. Dezember 2018

Bundesministerin für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend